

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Deutsche Wirtschaftsleistung zum Jahresende 2021 spürbar zurückgegangen

Die Wirtschaftsaktivität in Deutschland ging im Herbstquartal 2021 spürbar zurück, nachdem sie im Sommer kräftig gewachsen war. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge verringerte sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt¹⁾ um 0,7 %. Seinen Vorkrisenstand vom vierten Quartal 2019 unterschritt es damit noch um 1,5 %. Im Jahr 2021 insgesamt erhöhte sich das reale BIP um 2,8 %, nachdem es im Jahr zuvor aufgrund der Pandemie eingebrochen war. Das vorläufige Jahresergebnis wurde leicht nach oben revidiert.

Verstärktes Pandemiegeschehen drückte Dienstleistungssektor und privaten Konsum; trotz weiter gravierender Lieferengpässe stiegen Industrieproduktion und Exporte

Zu dem Rückgang der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2021 trug vor allem das wieder verstärkte Pandemiegeschehen bei. Die dadurch ausgelösten Eindämmungsmaßnahmen und Verhaltensanpassungen trafen einige Dienstleistungsbereiche stark. Zudem blieb wohl die Aktivität im Baugewerbe trotz hoher Nachfrage ohne Schwung. Die Baubranche ist derzeit von einem Mangel an Arbeitskräften und einer hohen – wenn auch nachlassenden – Materialknappheit geprägt. Von der Industrie kamen dagegen positive Impulse. Zunehmende Lieferengpässe bei Vorprodukten hatten in den ersten drei Quartalen 2021 dazu geführt, dass die Industrieproduktion trotz hervorragender Auftragslage zurückging. Zwar wurden die Lieferprobleme gemäß Umfragen von den Unternehmen im vierten Quartal weiterhin als gravierend eingestuft. Aber der Anstieg der Industrieproduktion deutet doch auf eine gewisse Entspannung hin. Auf der Verwendungsseite des BIP machte sich das verstärkte Pandemiegeschehen insbesondere in einem deutlichen Rückgang des privaten Verbrauchs bemerkbar. Dagegen stieg der Staatsverbrauch wohl im Zusammen-

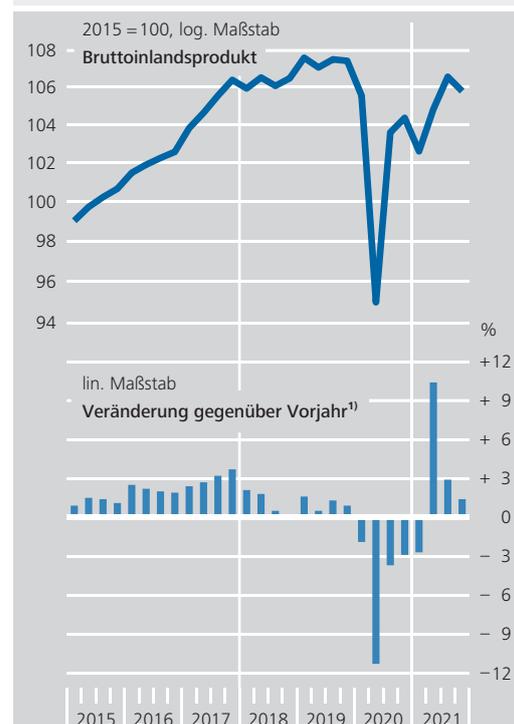
hang mit vermehrten Impfungen und Tests an. Auch die Investitionen in Ausrüstungen und die Exporte dürften im Gefolge der positiven Entwicklung in der Industrie zugelegt haben. Im Winterquartal 2022 könnte die gesamtwirtschaftliche Leistung aufgrund der Pandemie erneut merklich sinken, im Frühjahr dann aber wieder kräftig Fahrt aufnehmen.

Die Warenausfuhren stiegen im vierten Quartal 2021 preisbereinigt deutlich. Der Anstieg steht im Einklang mit der hohen Auslandsnachfrage und der jüngsten Ausweitung der Industrieproduktion. Nach Regionen aufgeschlüsselt kam der Zuwachs gleichermaßen aus den Exporten in die Euro-Länder und in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums. Dabei war der Anstieg der wertmäßigen Ausfuhren regional breit gefächert. Nach Gütergruppen aufgeschlüsselt erhöhten sich den bis November vorliegenden

Warenausfuhren deutlich gestiegen

Gesamtwirtschaftliche Produktion

preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Preis- und kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

¹ Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.



preisbereinigten Angaben zufolge die Ausfuhren von Investitionsgütern erheblich, insbesondere von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die Exporte von Konsumgütern legten deutlich zu, obwohl etwas weniger pharmazeutische Erzeugnisse ausgeführt wurden. Die Ausfuhren von Vorleistungsgütern erhöhten sich leicht.

Investitionen in Ausrüstungen und Anlagen wohl gestiegen

Die Investitionen in Ausrüstungen und Anlagen haben im Herbstquartal wohl zugelegt. Etwas nachlassende Lieferengpässe und die gestiegene Auslastung der Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe dürften die Investitionstätigkeit begünstigt haben. Die im Inland erzielten Umsätze der Hersteller von Investi-

tionsgütern legten kräftig zu. Auch die wertmäßigen Importe von Investitionsgütern erhöhten sich den bis November vorliegenden Angaben zufolge stark. Allerdings investierten die Unternehmen wohl weniger in ihre Fahrzeugflotten. Dies signalisieren die Kfz-Zulassungen gewerblicher Haltergruppen sowie die Zulassungen von Nutzfahrzeugen, die im vierten Quartal stark zurückgingen.

Die Bauinvestitionen blieben im Herbstquartal 2021 wohl ohne Schwung. Zwar erhöhten sich die bis November vorliegenden Umsätze im Bauhauptgewerbe dem Wert nach gegenüber dem Vorquartal stark. Aufgrund hoher Preissteigerungen fiel der Anstieg in realer Betrachtung allerdings deutlich niedriger aus. Während die Investitionen in gewerbliche Bauten wohl spürbar expandierten, dürften die Investitionen in den Wohnungsbau nahezu stabil gewesen sein. Das Ausbaugewerbe, für welches noch keine Umsatzdaten für das vierte Quartal vorliegen, könnte das Gesamtergebnis jedoch gedämpft haben. Hierauf deutet die stark gesunkene Produktion im Ausbaugewerbe hin.

Bauinvestitionen wohl ohne Schwung

Der private Verbrauch dürfte im Schlussquartal 2021 deutlich gesunken sein, nachdem er im Sommer kräftig zugelegt hatte. Das verschärfte Pandemiegeschehen dämpfte vor allem den Konsum von kontaktintensiven Dienstleistungen. So gingen die Umsätze im Gastgewerbe den bis November vorliegenden preisbereinigten Angaben zufolge stark zurück. Die realen Einzelhandelsumsätze sanken ebenfalls etwas. Insbesondere die Umsätze im stationären Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren gingen kräftig zurück. Auch mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf wurde erheblich weniger umgesetzt. Dem stand ein kräftiger Anstieg beim Versand- und Internet-Einzelhandel gegenüber. Die Kfz-Käufe dürften im Herbstquartal zugelegt haben. Darauf deuten die Kfz-Neuzulassungen an private Halter hin, die gemäß den Angaben des Ver-

Privater Verbrauch deutlich gesunken

bandes der Automobilindustrie (VDA) kräftig anstiegen.

*Wareneinfuhren
 kräftig erhöht*

Die Wareneinfuhren erhöhten sich im vierten Quartal 2021 in realer Rechnung kräftig. Dabei stiegen die Einfuhren aus den Euro-Ländern und aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums ähnlich stark an. Nach Gütergruppen aufgegliedert legte den bis November verfügbaren Angaben zufolge insbesondere das Importvolumen von Konsumgütern kräftig zu. Dabei wurden erheblich mehr pharmazeutische Erzeugnisse importiert. Dies dürfte auch im Zusammenhang mit gestiegenen Impfungen und Tests stehen. Auch die Importe von Investitionsgütern erhöhten sich kräftig, wozu ein starker Anstieg der Einfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen beitrug.

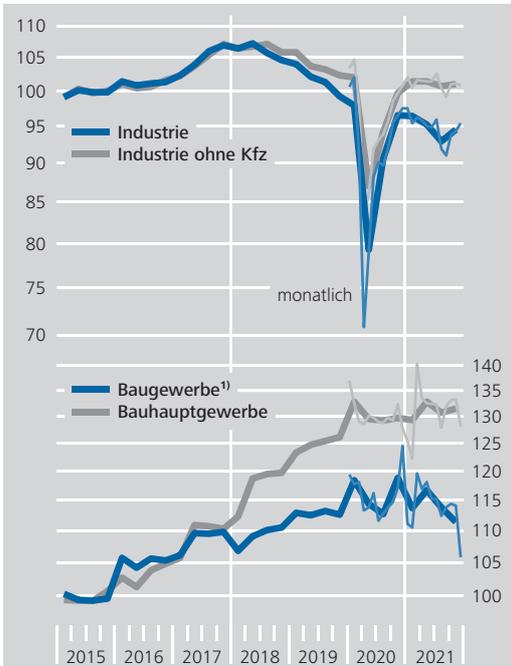
■ Sektorale Tendenzen

Mögliche Trendwende in der Industrie

Die Industrieproduktion legte im letzten Viertel des Jahres 2021 gegenüber dem Sommerquartal saisonbereinigt deutlich zu (+1¾%). Damit könnte eine Trendwende eingeläutet worden sein. Zuvor war die Industrieproduktion seit Anfang des Jahres 2021 stark zurückgegangen. Zunehmende Lieferengpässe bei Vorprodukten hatten verhindert, dass die Industrie von der hohen Nachfrage nach Industrieprodukten profitieren konnte. Der jüngste Anstieg der Industrieproduktion deutet auf eine gewisse Entspannung bezüglich der Lieferengpässe hin. Hierzu passt, dass sich gemäß Umfrageergebnissen von IHS Markit die Lieferzeiten weniger stark verlängerten. Allerdings stieg der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die laut Umfragen des ifo Instituts Produktionsbehinderungen durch Lieferengpässe meldeten, im Schlussquartal weiter an. Die höhere Industrieproduktion im vierten Quartal ging auf eine gestiegene Investitionsgüterproduktion zurück. Insbesondere die Kfz-Produktion nahm erheblich zu, nachdem sie zuvor stark geschrumpft war. Der sonstige Fahrzeugbau legte ebenfalls kräftig zu. Dagegen ging die Produktion im Maschinenbau deutlich und die Herstellung von

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen etwas zurück. Die Fertigung von Konsumgütern blieb nahezu stabil, obwohl mehr pharmazeutische Erzeugnisse hergestellt wurden. Die Produktion von Vorleistungsgütern sank leicht. Insgesamt unterschritt die Industrieproduktion ihr Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 noch um 4¾%.

Der Nutzungsgrad der Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich laut ifo Institut zwischen den Erhebungen im Oktober und Januar etwas. Er lag spürbar über seinem langjährigen Durchschnitt. Bei den Herstellern von Investitionsgütern stieg die Kapazitätsauslastung besonders kräftig. Dies steht im Einklang mit der kräftig ausgeweiteten Produktion von Investitionsgütern. Aber auch bei den Produzenten von Konsumgütern erhöhte sich die Auslastung spürbar. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern sank sie dagegen leicht.

Auslastung der industriellen Kapazitäten etwas gestiegen

*Bauproduktion
ging erneut
deutlich zurück*

Die Produktion im Baugewerbe ging im Herbstquartal saisonbereinigt erneut deutlich zurück (– 2 %). Dies lag daran, dass im Ausbaugewerbe erheblich weniger produziert wurde. Hier ist jedoch zu beachten, dass die ersten Angaben häufig stark revidiert werden. Der Rückgang im Ausbaugewerbe wurde durch die etwas höhere Produktion im Bauhauptgewerbe nicht ausgeglichen. Die schwunglose Aktivität im Bausektor könnte damit zusammenhängen, dass Arbeitskräfte fehlten. So erreichte der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, deren Bautätigkeit durch einen Mangel an Arbeitskräften behindert wurde, gemäß Umfragen des ifo Instituts einen neuen Höchststand. Demgegenüber signalisieren verschiedene Konjunkturindikatoren günstige Bedingungen für die Entwicklung im Baugewerbe im vierten Quartal. So war der Anteil der Unternehmen, die unter Materialknappheiten litten, im langfristigen Vergleich zwar hoch, aber rückläufig. Gleichzeitig waren Bauleistungen weiterhin stark nachgefragt. So stieg die vom ifo Institut erhobene Reichweite der Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe auf ein neues Rekordniveau. In der Folge verteuerten sich Bauleistungen allerdings weiter kräftig. Die Geräteauslastung nahm erneut zu und bleibt im langfristigen Vergleich hoch.

*Dienstleistungs-
sektor spürbar
beeinträchtigt*

Im Dienstleistungssektor dürfte die Wirtschaftsleistung aufgrund des wieder verstärkten Pandemiegeschehens spürbar zurückgegangen sein. Im Gastgewerbe sanken die preisbereinigten Umsätze im Durchschnitt von Oktober und November – bis dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem Sommerquartal stark. Im Einzelhandel gingen die realen Umsätze im vierten Quartal nur etwas zurück, was insbesondere daran lag, dass der Versand- und Internet-Einzelhandel kräftig zulegen konnte. Der Kfz-Handel dürfte ebenfalls gedrückt gewesen sein. Den Angaben des VDA zufolge verringerten sich die Pkw-Neuzulassungen aufgrund stark rückläufiger gewerblicher Zulassungen deutlich. Dagegen steigerte der Großhandel im Einklang mit der Entwicklung in der Industrie seine preisbereinigten Umsätze den bis November verfügbaren Angaben zufolge etwas. Die Umfrageergebnisse des

ifo Instituts zur Lagebeurteilung signalisieren eine schwache Geschäftstätigkeit in den meisten übrigen Dienstleistungsbranchen.

■ Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt hinterließen die Faktoren, die das Wirtschaftsgeschehen im Herbstquartal belasteten, kaum Spuren. Die Beschäftigung erholte sich weiter, und die Arbeitslosigkeit sowie der Einsatz von Kurzarbeit sanken durchaus erheblich. Für das Winterquartal lassen die Frühindikatoren trotz der aktuell hohen Infektionsdynamik nur eine vergleichsweise milde Delle am Arbeitsmarkt erwarten.

Der Beschäftigungsstand erhöhte sich in den letzten Monaten des Jahres 2021 deutlich. Im Durchschnitt der Herbstmonate überstieg die gesamte Erwerbstätigkeit den Stand des Vorquartals saisonbereinigt um 157 000 Personen, was einem Zuwachs von 0,3 % entspricht. Damit wurden die Beschäftigungsverluste zu Beginn der Pandemie bereits zu einem großen Teil aufgeholt. Gleichwohl sind noch ½ % weniger Personen erwerbstätig als zu Jahresbeginn 2020. Erheblich günstiger ist das Bild beim Blick auf die sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit. Die Kernerwerbsform, die während der Krise massiv durch Kurzarbeit gestützt wurde, übersteigt inzwischen den hohen Beschäftigungsstand vor der Krise um gut 1 %. Die geringfügige Beschäftigung erfüllt dagegen eine Rolle als Flexibilitätsreserve. Sie atmete während der Pandemie mit der Strenge der Eindämmungsmaßnahmen. Hier schlug sich auch ihre starke Bedeutung in den davon besonders betroffenen Bereichen Handel und Gastgewerbe nieder.

Während der Krise verschoben sich die sektoralen Beschäftigungsgewichte. Diese Trends haben sich auch in den letzten Monaten fortgesetzt. Am stärksten wuchs die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Durchschnitt der Monate Oktober und November gegenüber dem Vorquartal im IT-Sektor, den wirtschaft-

*Erholung am
Arbeitsmarkt
im Herbst fort-
gesetzt*

*Erwerbstätigkeit
auch im Herbst
deutlich erhöht,
sozialversiche-
rungspflichtige
Beschäftigung
weit über Vor-
krisenstand*

*Sozialversiche-
rungspflichtige
Beschäftigung in
vielen Dienstleis-
tungsbereichen
weiter aufwärts-
gerichtet*

lichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) sowie im Baugewerbe. Die zuvor relativ starke Erholung im Gastgewerbe kam mit der Delta-Welle der Pandemie wieder zum Erliegen. Weitere Dienstleistungsbereiche zeigten sich leicht erholt. Dagegen erwies sich die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin als lediglich stabil. Die Leiharbeit, deren Beschäftigte oftmals in der Industrie eingesetzt werden, ging sogar etwas zurück.

Kurzarbeit weiter zurückgeführt

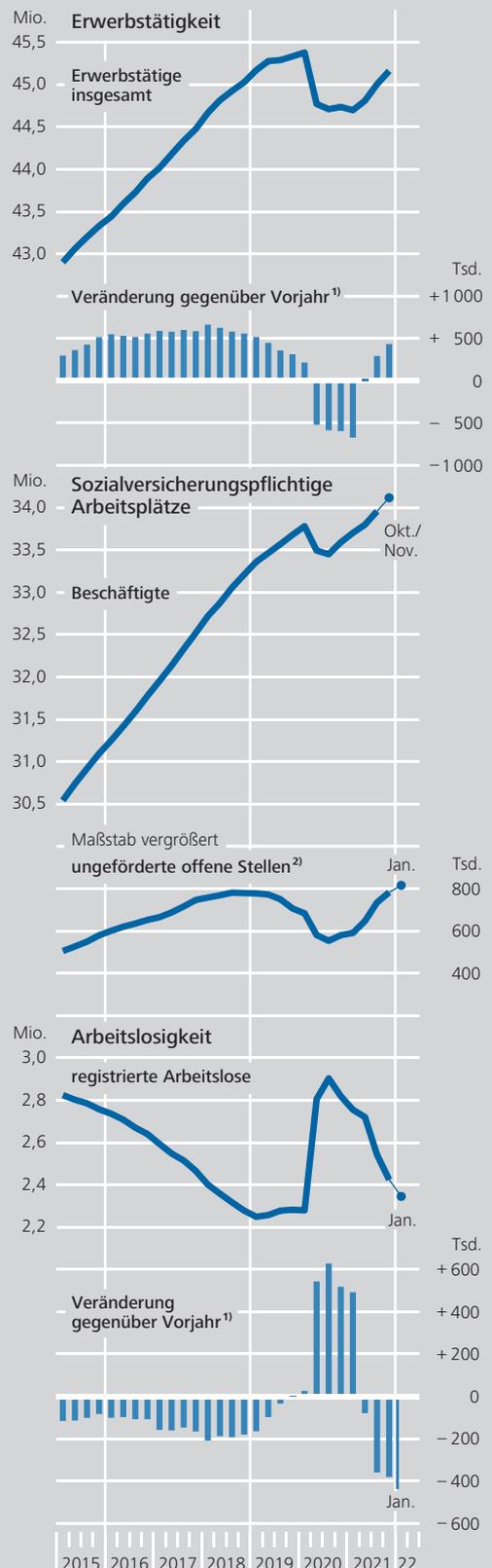
Die konjunkturelle Kurzarbeit sank bis November letzten Jahres weiter, wenngleich langsamer als im Sommer. Laut erster Schätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren im November noch 574 000 Personen in wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit, knapp ein Zehntel des Höchststandes im April 2020. Für die Folgemonate ist aber durch die Verschärfung der pandemischen Lage wieder von einem gewissen Anstieg auszugehen. Im November, noch stärker jedoch im Dezember und Januar, stieg die Zahl der in den Anzeigen zur Kurzarbeit genannten Personen. Gleichwohl blieb das Niveau weit hinter den Anmeldungen aus der zweiten Corona-Welle vor einem Jahr zurück. Betroffen waren wiederum vor allem Handel und Gastgewerbe.

Arbeitslosigkeit nahezu auf Vor-krisenniveau gesunken

Auch die registrierte Arbeitslosigkeit sank deutlich. In saisonbereinigter Rechnung ging sie im Berichtsquartal um 117 000 Personen zurück, die zugehörige Quote reduzierte sich um 0,2 Prozentpunkte. Im Januar 2022 verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen weiter auf nunmehr 2,34 Millionen und die Arbeitslosenquote auf 5,1%. Damit erreichte sie fast wieder den Tiefstand vom ersten Quartal 2020. Allerdings ist durch die Pandemie der Anteil der arbeitslosen Personen, die Grundsicherungsleistungen beziehen oder als langzeitarbeitslos gelten, gestiegen. Diese Personen verfügen oft über keine berufliche Ausbildung und sind in besonderem Maß von einer Entwertung ihrer arbeitsmarktbezogenen Fähigkeiten bedroht. Das erschwert es ihnen, in Beschäftigung zurückzukehren, auch wenn es anhaltend an qualifizierten Beschäftigten mangelt. Auf der anderen Seite ist

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen.

die Zahl der relativ schnell vermittelbaren Arbeitslosen im Versicherungssystem bereits niedriger als unmittelbar vor Ausbruch der Pandemie.

Arbeitsangebot sinkt durch ungünstigen Einfluss der Altersstruktur sowie geringere Zuwanderung in der Pandemie

Die Arbeitskräfteknappheiten kehrten mit der Erholung im Sommer und Herbst 2021 in der Breite der Wirtschaft zurück. Verstärkt wurden sie dadurch, dass sich das Arbeitsangebot durch einen negativen Altersstruktureffekt verringerte. Dieser ergibt sich aus der demografischen Lage Deutschlands und macht sich seit 2020 zunehmend bemerkbar. Dies ist auch der Hauptgrund für die gesunkene Erwerbsquote. Aufgrund von Entmutigungseffekten haben sich dagegen in der Krise nur wenige Personen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Allerdings ist zusätzlich die Zuwanderung geringer ausgefallen als in den Jahren zuvor. In den monatlichen Zuwanderungsdaten des Statistischen Bundesamtes lässt sich die Abfolge von pandemiebedingten Schließungen und Öffnungen gut ablesen. Mit Maßnahmenlockerungen erholten sich die Netto-Migrationszahlen nach Deutschland jeweils schnell. Sowohl in der zweiten Jahreshälfte 2020 als auch in der zweiten Jahreshälfte 2021 waren die Zuwanderungszahlen sogar höher als in der zweiten Jahreshälfte 2019.²⁾ Damit konnte die geringe Einwanderung der ersten Jahreshälften 2020 und 2021 jedoch nicht ausgeglichen werden. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbspersonen aktuell spürbar niedriger als vor der Pandemie.

Beschäftigungspläne kurz- wie auch mittelfristig expansiv

Die Frühindikatoren des Arbeitsmarktes ermäßigten sich im Laufe der letzten Monate. Das Arbeitslosigkeitsbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) liegt derzeit im neutralen Bereich. Demnach würde die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten auf dem erreichten niedrigen Niveau verbleiben, jedoch nicht weiter sinken. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist den Beschäftigungsbarometern von ifo Institut und IAB zufolge dagegen nur moderat zurückgegangen. In der Summe überwiegen kurzfristig weiterhin die expansiven Beschäftigungspläne der Unternehmen. Aber auch grundsätz-

lich stehen die Vorzeichen auf Beschäftigungsexpansion. Die Zahl der gemeldeten offenen sozialversicherungspflichtigen Stellen steigt bereits seit anderthalb Jahren und ist inzwischen höher als Anfang 2020. Der Eingang neuer offener Stellenmeldungen bei der BA ist sehr dynamisch. Allerdings erreichte auch die Vakanzzeit offener Stellen das Rekordniveau von vor der Krise bereits wieder. Dies steht im Einklang mit den vielfältigen Meldungen über Arbeitskräfteengpässe. Darüber hinaus könnte die Omikron-Welle im Winterquartal das geleistete Arbeitsvolumen wegen fehlenden Personals spürbar einschränken.

■ Löhne und Preise

Die Tarifverdienste erhöhten sich im Herbst 2021 stärker als im Sommer. Unter Berücksichtigung der Nebenvereinbarungen stiegen sie im vierten Quartal um 1,5% gegenüber dem Vorjahr, nach 1,0% zuvor. Diese Zuwachsraten wurden allerdings in beiden Quartalen durch Verschiebungen von Sonderzahlungen und negative Basiseffekte von hohen Corona-Prämien im Vorjahr gedrückt. Die Grundvergütungen, die die Grunddynamik der Tarifverdienstentwicklung treffender wiedergeben, legten hingegen sowohl im Sommer als auch im Herbst mit 1,4% beziehungsweise 1,8% gegenüber dem Vorjahr etwas stärker zu. Die Effektivverdienste dürften im Einklang mit der spürbar gesunkenen Kurzarbeit im vierten Quartal deutlich kräftiger gestiegen sein als die Tarifverdienste.

Tarifverdienste stiegen im Herbst stärker an als im Sommer, Effektivverdienste wohl erneut deutlich im Plus

Im Jahr 2021 insgesamt stiegen die Tarifverdienste mit lediglich 1,5% deutlich geringer als im Vorjahr. Dies lag vor allem an den pandemie-

Lohndrift 2021 wieder deutlich im Plus

² Im zweiten Halbjahr 2020 zogen im Saldo 5% mehr Personen nach Deutschland als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Allerdings waren es im ersten Halbjahr 55% weniger gewesen. Im ersten Halbjahr 2021 war der Rückgang gegenüber dem Vorkrisenjahr mit gut einem Drittel ebenfalls erheblich. Gemäß der bislang bis November 2021 reichenden Statistik sind bereits 42% mehr Personen im Saldo zugezogen als im entsprechenden Vergleichszeitraum 2019.

bedingt verhaltenen Lohnvereinbarungen. Die Effektivverdienste legten dagegen vor allem aufgrund der merklich gesunkenen Kurzarbeit laut vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um kräftige 3,2 % zu. Die Lohn-drift lag daher nach einem deutlichen Minus im Jahr 2020 nun mit 1,6 Prozentpunkten wieder weit im positiven Bereich.

Kleine Tarifrunde 2022 im Umfeld hoher Inflationsraten

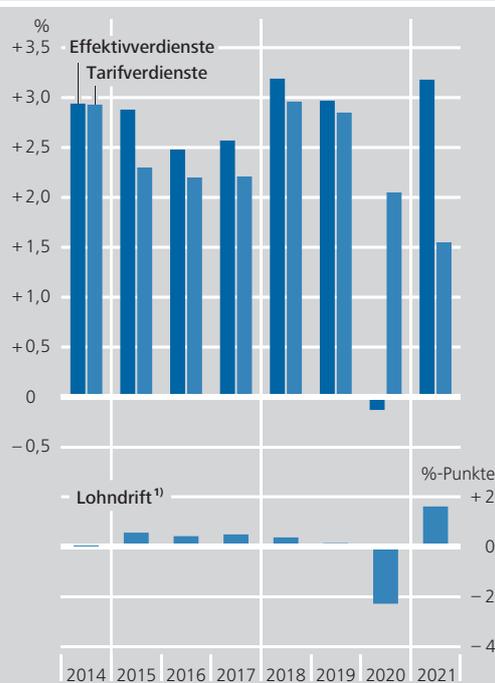
Im laufenden Jahr wird der Anstieg der Tarifverdienste noch zum großen Teil von in den Vorjahren vereinbarten Tarifverträgen beeinflusst. Bei deren Abschluss herrschte hohe Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung, und die Inflationsraten waren niedrig. Dies wird in der diesjährigen kleinen Tarifrunde für rund 8 Millionen Beschäftigte voraussichtlich anders aussehen. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften liegen allerdings gegenwärtig mit 5 % bis 6 % für eine Laufzeit von 12 Monaten nur leicht höher als im Vorjahr. Gleichwohl könnten sie womöglich künftig höher ausfallen. So bezifferte beispielsweise die IG BCE in der Chemischen Industrie ihre konkrete Lohnforderung noch nicht, verwies aber darauf, auch angesichts hoher Inflationsraten und Inflationsaus-sichten einen erkennbaren Reallohnzuwachs anzustreben. Im weiteren Jahresverlauf finden unter anderem Lohnverhandlungen bei den Versicherungen, in der Druckindustrie, der Stahlindustrie, dem privaten Verkehrsgewerbe, und im Herbst in der Metall- und Elektroindustrie statt. Die günstigen gesamtwirtschaftlichen Perspektiven, zunehmende Arbeitsmarktnappheiten und hohe Inflationsraten könnten dann zu spürbar stärkeren Lohnabschlüssen als in der jüngeren Vergangenheit beitragen.

Geplante Anhebung des allgemeinen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde verstärkt den gesamtwirtschaftlichen Lohndruck

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn beläuft sich seit dem 1. Januar 2022 auf 9,82 € je Stunde und wird ab 1. Juli 2022 auf 10,45 € je Stunde erhöht. Der Bundesarbeitsminister strebt an, ihn ab 1. Oktober 2022 auf 12 € je Stunde anzuheben. Dieser politische Eingriff in die Lohnfindung würde die Verdienste in den unteren Entgeltgruppen spürbar anheben und auch auf die darüberliegenden Lohnsegmente merklich ausstrahlen. Dadurch dürfte sich der Auf-

Arbeitsentgelte und Lohn-drift

Veränderung gegenüber Vorjahr, auf Monatsbasis



Quellen: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und Deutsche Bundesbank (Tarifverdienste). ¹ Die Lohn-drift wird als Vorjahresrate des Verhältnisses aus Effektiv- zu Tarifverdiensten berechnet.

Deutsche Bundesbank

wärtsdruck auf die aggregierten Löhne verstärken. Wenn man die historischen Beziehungen zugrunde legt, sind die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen wohl überschaubar (vgl. die Erläuterungen auf S. 56 f.). Allerdings ist nicht auszuschließen, dass in dem gegenwärtigen Umfeld sehr hoher Inflationsraten eine stärkere Überwälzung der Löhne auf die Preise erfolgt.

Im Jahresschlussquartal 2021 verstärkte sich der Anstieg der Verbraucherpreise weiter. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 1,2 % an. Im dritten Vierteljahr hatte der Zuwachs noch bei 1,0 % gelegen. Ausschlaggebend für die höhere Teuerungsrate waren die Energiepreise, die sich entsprechend den Rohölnotierungen noch kräftiger erhöhten als zuvor. Die Dynamik der Preise für Nahrungsmittel, Dienstleistungen und nicht energetische Industriegüter blieb zwar weiter stark, war aber etwas geringer als im Vorquartal. Gegenüber

Inflationsrate erreichte Ende 2021 Rekordwert

Makroökonomische Effekte der geplanten Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € je Stunde

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn soll laut Koalitionsvertrag auf 12 € je Stunde angehoben werden. Die Erhöhung wird laut Berichten derzeit zum 1. Oktober 2022 angestrebt. Diese Anhebung käme zu der regulären Erhöhung auf 10,45 € je Stunde zum 1. Juli 2022 hinzu. Sie erfolgt außerhalb des üblichen Rahmens und ohne Beteiligung der Mindestlohnkommission. Anders als im Mindestlohngesetz (§9 Abs. 2 MiLoG) vorgesehen wird sie voraussichtlich nicht lediglich die gesamtwirtschaftliche Tariflohnentwicklung der vorangegangenen Jahre nachvollziehen. Der administrative Eingriff in das Lohngefüge dürfte zu Änderungen beim Arbeitsvolumen, bei der Beschäftigung, der Erwerbsbeteiligung sowie der Inflations- und BIP-Entwicklung führen. Diese Auswirkungen lassen sich mit dem makroökonomischen Modell der Bundesbank abschätzen. Ausgangspunkt hierfür ist der überschlagsmäßig errechnete, unmittelbare Lohnimpuls der Mindestlohnanhebung.

Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Lohnwachstum ergeben sich in erster Linie aus den Änderungen bei den Löhnen der direkt Betroffenen und den Ausstrahlereffekten auf darüberliegende Lohngruppen. Der Kreis der direkt betroffenen Arbeitnehmer wird getrennt nach sozialversicherungspflichtig Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigten sowie Personen in geringfügiger Beschäftigung ermittelt. Um den jeweiligen Anteil der im Herbst 2022 voll- oder teilzeitbeschäftigten sozialversicherungspflichtigen Mindestlohnempfänger abzuschätzen, wird die Entwicklung der Effektivverdienste bis dahin fortgeschrieben.¹⁾ Der Anteil der geringfügig Beschäftigten mit Bezug von Mindestlohntentgelten wurde in den

Rechnungen unverändert beibehalten. Die unmittelbare gesamtwirtschaftliche Lohnwirkung setzt sich aus dem Lohnsummenanteil der direkt betroffenen Beschäftigten und ihrem prozentualen Lohnanstieg zusammen. Unter weiteren Annahmen zur Lohnverteilung in der Spanne von 10,45 € bis 12 € je Stunde zum Zeitpunkt der Mindestlohnanhebung ergibt sich eine unmittelbare Wirkung auf das Lohnniveau von gut 0,4%.²⁾ Hinzu kommen Ausstrahlereffekte auf Beschäftigte mit Verdiensten oberhalb von 12 € je Stunde. Ökonometrischen Schätzungen zufolge betragen sie weitere 0,4%. Dabei wurde auf Ergebnisse der Mindestlohneinführung im Jahr 2015 zurückgegriffen.³⁾

Insgesamt ist auf Basis dieser Überschlagsrechnung zu erwarten, dass die Lohnsumme durch die Mindestlohnanhebung im Herbst 2022 – ohne Berücksichtigung von möglichen weiteren Anpassungsreaktionen am Arbeitsmarkt – um 0,8% höher liegt. Damit dürfte sich die geplante Mindestlohnerhöhung etwas schwächer auf die

1 Angaben zur Personenzahl liegen in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit für Entgeltklassen nach Brutto-Monatsverdiensten, nicht aber nach Stundenlöhnen vor. Vollzeitbeschäftigte würde bei einem Stundenlohn von 12 € rechnerisch einen durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienst von etwa 1 900 € erhalten. Im Fall der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten mit durchschnittlicher Arbeitszeit läge die Mindestlohngrenze bei einem Brutto-Monatsentgelt von rechnerisch rund 1 000 €. Beamte wurden in die Rechnungen nicht mit einbezogen.

2 In der Rechnung wird unterstellt, dass unmittelbar vor der Mindestlohnerhöhung im Herbst 2022 die direkt Betroffenen zur Hälfte den dann geltenden Mindestlohn von 10,45 € erhalten und sich die Entgelte der anderen Hälfte gleichmäßig im darüberliegenden Bereich bis 12 € verteilen.

3 Vgl.: Hammer und Hertweck (2022). Es wurde unterstellt, dass der geschätzte Ausstrahlereffekt proportional zur Lohnwirkung bei den direkt betroffenen Beschäftigten ist.

Lohnsumme auswirken als die Mindestlohneinführung im Jahr 2015. Der betroffene Personenkreis ist diesmal zwar größer als damals, da tiefer in die Lohnverteilung eingegriffen wird. Jedoch fällt die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Brutto-Stundenlöhne voraussichtlich kleiner aus als im Jahr 2015.

Um die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Mindestlohnerhöhung abzuschätzen, wurden die Brutto-Stundenlöhne in Simulationen mit dem makroökonomischen Modell der Bundesbank ab dem vierten Vierteljahr 2022 um 0,8 % gegenüber der Basislinie angehoben.⁴⁾ Aufgrund der höheren Lohnkosten steigen die Verbraucherpreise nach und nach an. Im Jahresdurchschnitt 2024 liegen die Preise rund eineinhalb zehntel Prozent über der Basislinie.⁵⁾ Nach vier Jahren dürften sie etwa ein viertel Prozent höher liegen.⁶⁾ Die Anhebung des Mindestlohns schlägt sich auch in höheren verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nieder, die ihre realen Konsumausgaben ausweiten.⁷⁾ Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt daher nach der Mindestlohnanhebung zunächst geringfügig über das Basislinienniveau. Die höheren Produktionskosten im Inland dämpfen jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. In der Folge sinken die realen Exporte unter ihr Ausgangsniveau. Der geringe positive Effekt der inländischen Nachfrage auf das Bruttoinlandsprodukt wird dadurch kompensiert.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Mindestlohnerhöhung basieren auf den geschätzten Elastizitäten des makroökonomischen Modells. Da die Mindestlohnanhebung frühzeitig angekündigt wurde, ist auch eine zügigere Weitergabe der höheren Lohnkosten in die Verbraucherpreise möglich, als es die Modellelastizitäten nahelegen. Auch könnten sich die steigenden

Auswirkungen der Mindestlohnanhebung auf 12 Euro^{*)}

Abweichungen von der Basislinie in %

Position	2023	2024
Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾	+ 0,84	+ 0,89
Arbeitsvolumen	- 0,29	- 0,19
Reales BIP	+ 0,02	- 0,01
HVPI	+ 0,06	+ 0,14

* Basierend auf einer Simulation mit dem makroökonomischen Modell und unterstellter Mindestlohnerhöhung zum 1. Oktober 2022. 1 Inkl. modellendogener Rückkopplungseffekte. Je Arbeitnehmerstunde.
 Deutsche Bundesbank

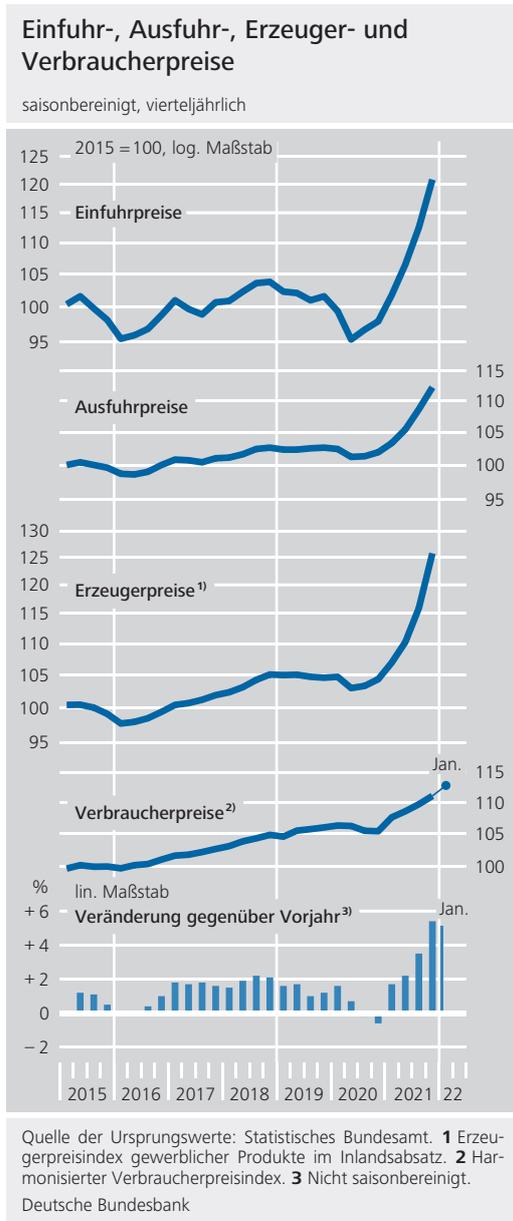
Produktionskosten der Unternehmen im derzeitigen Umfeld hoher Inflationsraten in stärkerem Ausmaß in den Verbraucherpreisen niederschlagen als in der Vergangenheit.

4 Die Höhe des Schocks auf die Brutto-Stundenlöhne leitet sich aus den oben beschriebenen Lohnsummeneffekten von 0,8 % ab. Dabei wird von einem zunächst unveränderten Arbeitsvolumen ausgegangen.

5 Das Jahr 2024 entspricht dem Horizont der zuletzt erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesbank, die als Basislinie verwendet wurden. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

6 Die langfristige Elastizität der Verbraucherpreise in Bezug auf Lohnveränderungen von rund 0,3 entspricht auch ungefähr den in Deutsche Bundesbank (2019) dargestellten Ergebnissen.

7 Aufgrund der höheren Lohnkosten reduzieren die Unternehmen ihre Arbeitsnachfrage zwar in gewissem Umfang. Dies wirkt den aggregierten Einkommenseffekten über die höheren Stundenlöhne aber nur teilweise entgegen.



dem Vorjahr stieg der HVPI sehr deutlich um 5,4% an, nach 3,5% im Sommer. Ohne Energie und Nahrungsmittel betrachtet weitete sich die Inflationsrate von 2,1% auf 3,6% aus und erreichte damit ebenfalls einen Höchstwert seit Beginn der Währungsunion.

Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2021 ganz erheblich erhöht

Im Durchschnitt des Jahres 2021 stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr mit 3,2% ganz erheblich an. Dabei erhöhte zum einen der Basiseffekt der temporären Senkung der Mehrwertsteuersätze in der zweiten Jahreshälfte 2020 die Teuerungsrate im Vergleichszeitraum 2021 deutlich.³⁾ Zum anderen zogen die Energiepreise im Jahresverlauf kräftig an.

Vor allem seit der Mitte des Jahres verstärkte sich zudem der Preisauftrieb bei Industriegütern ohne Energie sowie bei Dienstleistungen unerwartet kräftig. Dahinter stand ein hoher Preisdruck auf den vorgelagerten Stufen infolge von pandemiebedingten Lieferengpässen, gestiegenen Transportkosten und höheren Rohstoffpreisen. Angesichts der hohen Nachfrage ließ er sich in die Verbraucherpreise überwälzen. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel legte daher ebenfalls erheblich zu (von 0,7% auf 2,2%). Insgesamt fiel die Teuerungsrate im Jahr 2021, auch ohne Sondereffekte wie den Mehrwertsteuer-Basiseffekt gerechnet, überdurchschnittlich hoch aus. Dagegen stiegen die Mieten nach Angaben der amtlichen Verbraucherpreisstatistik mit 1,3% ähnlich moderat wie im Vorjahr an (zur Entwicklung der Wohnimmobilienpreise im Jahr 2021 siehe die Ausführungen auf S. 59 f.).

Zum Jahresbeginn 2022 nahm die Dynamik der Verbraucherpreise nochmals kräftig zu. Insbesondere Energie verteuerte sich aufgrund deutlicher Tarifierhöhungen für Gas und Strom stark. Aber auch die Preise für andere Komponenten des HVPI stiegen weiter auf breiter Basis an. Im Vorjahresvergleich ging die Inflationsrate daher trotz des Wegfalls des Mehrwertsteuer-Basiseffekts nur vergleichsweise wenig von 5,7% im Dezember auf 5,1% im Januar zurück.⁴⁾ Auch die Kernrate lag im Januar mit 2,8% noch ganz erheblich über ihrem langfristigen Durchschnitt. In den kommenden Monaten dürfte der Preisauftrieb vor dem Hintergrund der deutlichen Teuerung auf den Vorleistungstufen weiterhin hoch bleiben.

Im Januar weiterhin auf breiter Front hohe Preissteigerungen

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

⁴ Das Statistische Bundesamt aktualisierte zum Januar 2022 turnusgemäß die Ausgabengewichte des HVPI. Hierbei verwendete es vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie erneut aktuellere Datenquellen als sonst üblich (vgl.: Statistisches Bundesamt (2022)). Insgesamt fielen die Änderungen moderater aus als im Vorjahr (vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c)). Dies zeigte sich auch in einem geringeren Unterschied zwischen der Januar-Rate des HVPI und des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI), bei dem die Gewichte konzeptionsbedingt nicht aktualisiert werden (Januar-Rate: 4,9%).

Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2021

Der Preisauftrieb bei Wohnimmobilien nahm im vergangenen Jahr deutlich Fahrt auf. Dabei dürften sich auch Wohnimmobilien außerhalb der städtischen Gebiete stark verteuert haben. Neben den Preiswirkungen der weiterhin hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien kam es auch aufgrund von Lieferengpässen zu deutlich gestiegenen Materialkosten beim Wohnungsneubau. Das Wohnraumangebot nahm gleichwohl kräftig zu. Angesichts der schwächeren Entwicklung einiger Fundamentalfaktoren stiegen die Überbewertungen bei Wohnimmobilien im Berichtsjahr.¹⁾

In Deutschland insgesamt erhöhten sich die Preise für Wohnimmobilien gemäß Angaben des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp) um 11,3%. Der Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes stieg im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2021 mit 10,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls kräftig. Auch der EPX-Häuserpreisindex der Hypoport AG zeigt mit 12,8% im Jahr 2021 hohe Preissteigerungsraten bei Wohnimmobilien an. Alle drei Indikatoren weisen damit den höchsten Preisanstieg seit Beginn des jüngsten Aufschwungs am Wohnimmobilienmarkt auf.

In den Städten verteuerten sich Wohnimmobilien im Jahr 2021 spürbar. Nach Berechnungen auf Basis von Angaben der bulwiengesa AG für 127 deutsche Städte erhöhten sich die Preise um 7%. Damit zogen sie im Vergleich zu den beiden Vorjahren, in denen sich die Wachstumsraten ermäßigt hatten, wieder etwas stärker an. In den sieben Großstädten lag der Preisanstieg mit 7½% nur geringfügig darüber.²⁾ Auch den vdp-Angaben zufolge nahm die Teuerung bei Wohnimmobilien in den sieben Großstädten zu, lag aber unterhalb der Steigerungsrate für Deutschland insgesamt.

Der Mietenanstieg in Neuverträgen verstärkte sich im Berichtsjahr kaum. Berechnungen auf Basis von Angaben der bulwiengesa AG zu-

folge verteuerten sich Mietwohnungen bei Neuabschluss mit 2½% in den Städten. In den sieben Großstädten war der Mietenanstieg mit 2¾% nur unwesentlich höher. Gemäß Angaben des vdp zogen die Neuvertragsmieten in Deutschland insgesamt etwas stärker an als in den sieben Großstädten.

Die Haupteinflussfaktoren der Nachfrage am Wohnimmobilienmarkt entwickelten sich im vergangenen Jahr lediglich verhalten. Die verfügbaren Einkommen legten mit einer Steigerung von 1,8% moderat zu, nachdem sie im Jahr 2020 kaum gestiegen waren. Allerdings deutet wenig auf ein aufgrund der Pandemie dauerhaft ermäßigtes Wirtschaftswachstum hin, und der Arbeitsmarkt erholte sich bislang rasch und kräftig von der Coronavirus-Krise.³⁾ Der über alle Zinsbindungsfristen gemittelte Zinssatz für Hypothekendarlehen blieb im Jahr 2021 praktisch unverändert auf seiner historisch niedrigen Marke von 1,3%. Der um die längerfristigen Inflationserwartungen bereinigte Zinssatz sank geringfügig, nachdem er in den beiden vorangegangenen Jahren bereits leicht negative Werte angenommen hatte. Da der Einkommenszuwachs hinter der Immobilienpreissteigerung zurückblieb und von den Zinsen keine nennenswerte Entlastung ausging, verschlechterte sich die Erschwinglichkeit angesichts des starken Preiszuwachses.⁴⁾

Die Ausweitung des Wohnraumangebots schritt im Berichtsjahr weiter voran, auch wenn pandemiebedingte Lieferengpässe bei Vorleistungsgütern das Tempo drosselten.

¹ Diese Ausführungen beziehen sich auf die realwirtschaftliche Einordnung der Preisentwicklung am Wohnimmobilienmarkt. Zu Finanzstabilitätsaspekten von Wohnimmobilienfinanzierungen vgl.: Deutsche Bundesbank (2021d).

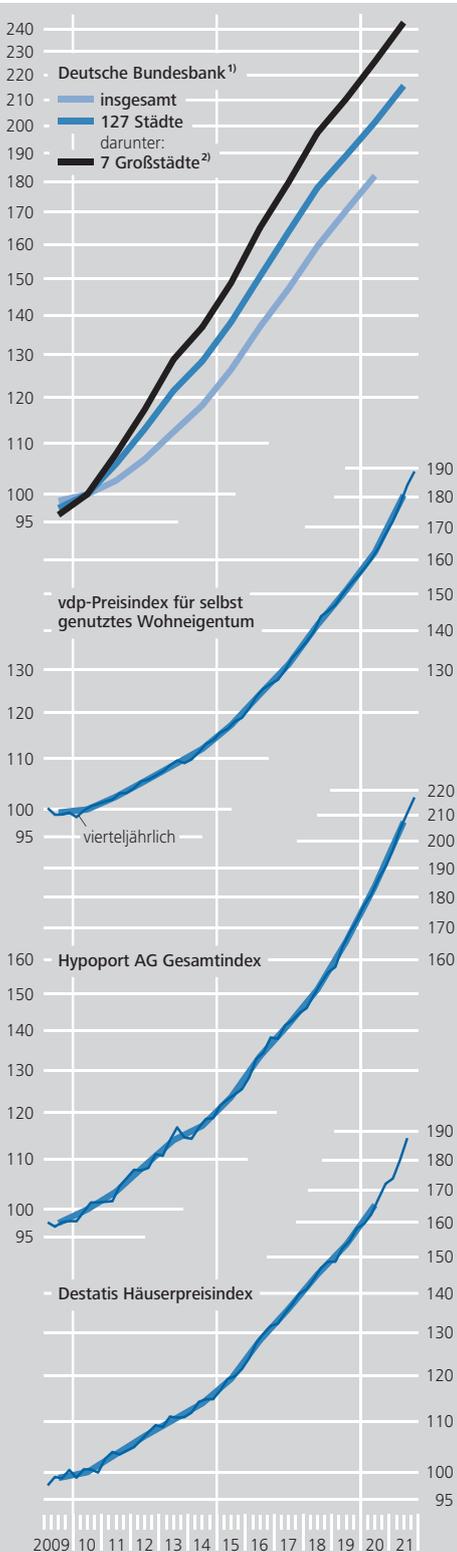
² Zu den sieben Großstädten zählen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München und Stuttgart.

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021e).

⁴ Vgl.: Indikatorensystem der Deutschen Bundesbank zum deutschen Wohnimmobilienmarkt, abrufbar unter: <http://www.bundesbank.de/wohnmobilien>.

Preisindizes für Wohnimmobilien

2010 = 100, Jahreswerte, log. Maßstab



1 Transaktionsgewichtet. Eigene Berechnungen auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG. **2** Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, Stuttgart.
 Deutsche Bundesbank

Knappheiten bei Roh- oder Baustoffen verteuerten im dritten Quartal 2021 die Materialkosten bei Bauleistungen massiv um 13,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Gerechnet ohne die Umsatzsteuer stiegen die Baupreise im Berichtsjahr mit einer stark erhöhten Rate von 7,7%.⁵⁾ Trotz der Engpässe im Bausektor dürfte das zusätzliche Angebot die Zahl der Baufertigstellungen des Vorjahres, als knapp 310 000 Wohnungen hinzukamen, erreichen. Die Zahl der Baugenehmigungen lag mit schätzungsweise 380 000 Einheiten über dem Niveau des Vorjahres.

Die Überbewertungen bei Wohnimmobilien nahmen im Berichtsjahr zu. Aufgrund der teilweise noch ungewissen länger anhaltenden Auswirkungen der Pandemie – beispielsweise auf die verfügbaren Einkommen – sowie mit Blick auf die außerordentlich kräftigen Baupreissteigerungen unterliegt die Einschätzung der Preise bei Wohnimmobilien derzeit besonders hoher Unsicherheit. Gemäß aktuellen Schätzergebnissen lagen die Immobilienpreise in den Städten im Jahr 2021 zwischen 15% und 40% über dem Preis, der durch sozio-demografische und wirtschaftliche Fundamentalfaktoren angezeigt ist.⁶⁾ Das Kaufpreis-Jahresmiete-Verhältnis bei Wohnungen in Städten lag im Berichtsjahr gut 30% und in den sieben Großstädten rund 40% über seinem längerfristigen Mittelwert. Laut Auswertungen derzeit für das Berichtsjahr verfügbarer Indikatoren nahmen die Preisabweichungen auch in Deutschland insgesamt deutlich zu. Sowohl dem Kaufpreis-Einkommen-Verhältnis zufolge als auch gemäß Schätzergebnissen für die Langfristbeziehung von Immobilienpreisen, Einkommen und Zinsen lagen die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland um 20% bis 35% über dem Referenzwert.⁷⁾

5 Einschl. der Anhebung der Umsatzsteuer im Januar 2021 stiegen die Baupreise im Berichtsjahr um 9,1%.
6 Für die Erläuterung des zugrunde liegenden Panel-Schätzansatzes vgl.: Deutsche Bundesbank (2020a).
7 Zur Erläuterung der Bewertungsansätze vgl.: Deutsche Bundesbank (2020b).

Auftragslage und Perspektiven

Im ersten Quartal 2022 dürfte Wirtschaftsleistung erneut spürbar zurückgehen

Die deutsche Wirtschaftsleistung dürfte im Winterquartal 2022 erneut spürbar zurückgehen. Grund dafür ist, dass sich das Pandemiegeschehen aufgrund der Omikron-Variante noch einmal verstärkt. Im Unterschied zu den letzten Pandemiewellen dürfte nicht nur die Aktivität im Dienstleistungssektor durch Eindämmungsmaßnahmen und Verhaltensanpassungen beeinträchtigt werden. Vielmehr könnten zudem pandemiebedingte Arbeitsausfälle die Wirtschaftsleistung merklich dämpfen, und zwar auch in anderen Bereichen.⁵⁾ Von der Industrie ist gleichwohl mit positiven Impulsen zu rechnen. Hier zeichnet sich eine weitere Entspannung bei den Lieferengpässen ab, und die Nachfrage nach Industrieprodukten ist nach wie vor hoch. So ging der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, deren Produktion gemäß Umfragen des ifo Instituts durch Lieferengpässe beeinträchtigt wurde, im Januar merklich zurück. Auch die Produktionspläne und Exporterwartungen der Firmen im Verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich gegenüber dem Herbstquartal spürbar.

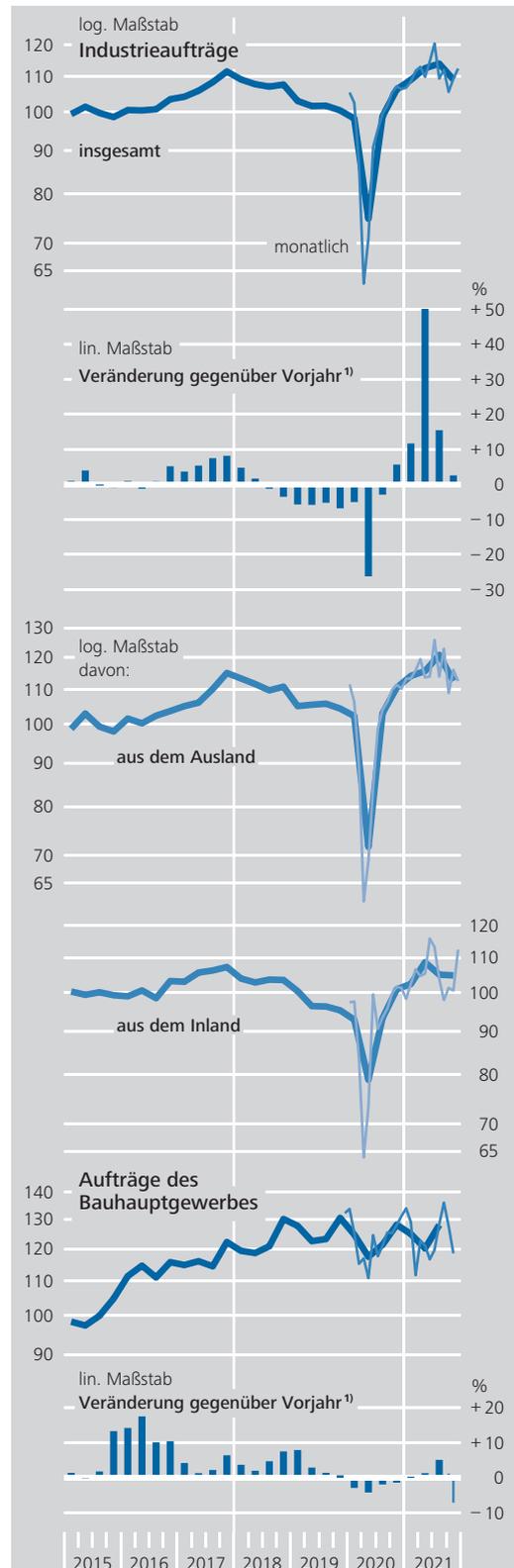
Stimmung der Unternehmen zuletzt erstmals seit Längerem wieder gestiegen

Der ifo Geschäftsklimaindex verbesserte sich im Januar zum ersten Mal seit Mitte 2021 wieder etwas. Die Geschäftserwartungen hellten sich in den meisten Sektoren sogar deutlich auf. Nur im Bauhauptgewerbe unterschritten sie den Durchschnitt des Herbstquartals. Die aktuelle Geschäftslage bewerteten die Unternehmen dagegen insgesamt schlechter als im Vorquartal. Lediglich das Verarbeitende Gewerbe bildete hier eine Ausnahme. Ausschlaggebend für die getrübt Lagebeurteilung im Dienstleistungssektor und im Handel dürfte das verstärkte Infektionsgeschehen aufgrund der Omikron-Welle sein. Im Verarbeitenden Gewerbe machten sich dagegen wohl die nachlas-

⁵ Gemäß einer Blitzumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unter 370 Unternehmen berichtete zuletzt jeder vierte Betrieb von erheblichen Personalausfällen. Vgl.: DIHK (2022).

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Industrieller Auftragseingang aufgrund fehlender Großaufträge rückläufig, aber weiterhin auf hohem Niveau

senden Störungen in den Lieferketten positiv bemerkbar.

Der Auftragseingang in der Industrie verringerte sich im vierten Quartal 2021 kräftig gegenüber dem Vorquartal. Dies lag insbesondere daran, dass relativ wenige Großaufträge eingingen. Ohne Großaufträge gerechnet erhöhte sich die Nachfrage dagegen geringfügig. Nach Sektoren aufgeschlüsselt sank der Orderzufluss bei den Herstellern von Investitionsgütern kräftig. Die Nachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagen teilen erhöhte sich allerdings spürbar. Die Bestellungen von Vorleistungsgütern gingen leicht zurück. Dagegen erhöhte sich der Auftragseingang bei den Produzenten von Konsumgütern stark. Nach Regionen aufgliedert sank die Nachfrage aus Drittstaaten außerhalb des Euroraums erheblich. Die Bestellungen aus dem Inland gingen geringfügig zurück. Der Orderzufluss aus dem Euroraum erhöhte sich etwas. Trotz des Rückgangs lag der industrielle Auftragseingang weiter erheblich über seinem Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019. Insbesondere verglichen mit der Industrieproduktion, die ihren Vorkrisenstand noch stark unterschreitet, ist die Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen nach wie vor hoch. Die Reichweite des Auftragsbestandes im Verarbeitenden Gewerbe erreichte im Januar 2022 laut Umfrageergebnis des ifo Instituts einen neuen Rekordstand.

Baubranche wohl nach wie vor an Kapazitätsgrenze

Die Baubranche dürfte auch zu Jahresbeginn an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten. Zwar ging der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe im Oktober und November – bis dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem starken Sommerquartal deutlich zurück. Während der Orderzufluss im öffentlichen Hochbau erheblich stieg, verringerte er sich im gewerblichen Hochbau

und im Wohnungsbau kräftig. Im Tiefbau stieg er etwas. Die Baugenehmigungen gingen von hohem Niveau aus ebenfalls etwas zurück. Dennoch stieg die Reichweite der Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe laut Umfrage des ifo Instituts im Januar auf einen neuen Höchstwert. Die Geräteauslastung nahm weiter zu und lag damit noch deutlicher über ihrem langjährigen Durchschnitt. Der Anteil der Unternehmen, deren Bautätigkeit durch einen Mangel an Arbeitskräften oder Materialknappheit behindert wird, ging zwar zuletzt zurück, war aber im langjährigen Vergleich weiter sehr hoch.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften im Winterquartal erneut sinken. Zwar ließen private Halter im Januar erheblich mehr Kfz zu als im Herbstquartal. Gemäß den Umfrageergebnissen der Gesellschaft für Konsumforschung verharrte die Stimmung der Verbraucher jedoch zuletzt auf gedrücktem Niveau. Der Konsum von kontaktintensiven Dienstleistungen wird durch die Pandemie weiter gedämpft. Auch die hohen Preissteigerungsraten dürften den privaten Verbrauch belasten.

Angesichts der sehr guten Nachfragesituation dürfte die deutsche Wirtschaft im Frühjahr wieder kräftig Fahrt aufnehmen, sofern das Pandemiegeschehen abebbt und die Lieferengpässe weiter nachlassen. Damit stellt sich der Wirtschaftsausblick aus heutiger Sicht trotz der erhöhten Belastungen durch die Pandemie und die hohe Teuerung nur wenig ungünstiger dar als in den Projektionen vom Dezember 2021 erwartet.⁶⁾ Die Zuwachsrate des BIP im Jahr 2022 dürfte zwar spürbar niedriger ausfallen, das grundlegende Aufwärtsszenario der deutschen Wirtschaft steht aber nicht infrage.

Privater Verbrauch auch im Winterquartal durch Pandemie gedämpft

BIP dürfte im Frühjahr wieder kräftig Fahrt aufnehmen, grundlegendes Aufwärtsszenario der deutschen Wirtschaft aus Dezember-Projektion steht nicht infrage

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021a), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 17–44.

Deutsche Bundesbank (2021b), Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht, November 2021, S. 52–63.

Deutsche Bundesbank (2021c), Coronabedingte Sondereffekte beim HVPI im Jahr 2021, Monatsbericht, Februar 2021, S. 64–67.

Deutsche Bundesbank (2021d), Lage im privaten Haushaltssektor, Finanzstabilitätsbericht 2021, November 2021, S. 31–37.

Deutsche Bundesbank (2021e), Pandemiebedingte Schäden am deutschen Produktionspotenzial bislang moderat, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 30–32.

Deutsche Bundesbank (2020a), Zwei Schätzmodelle für die Preise von Wohnimmobilien in Deutschland, Monatsbericht, Oktober 2020, S. 73–75.

Deutsche Bundesbank (2020b), Der lang gedehnte Preisaufschwung bei Wohnimmobilien in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht: Wirkungskanäle und fundamentale Einflussfaktoren, Monatsbericht, Oktober 2020, S. 67–87.

Deutsche Bundesbank (2019), Übertragung von Lohnveränderungen auf die Preise im makroökonomischen Modell der Bundesbank, Monatsbericht, September 2019, S. 19–22.

DIHK (2022), Immer mehr Unternehmen erwarten im Februar personelle Engpässe, Meldung vom 5. Februar 2022, <https://www.dihk.de/de/immer-mehr-unternehmen-erwarten-im-februar-personelle-engpaesse-65144>, abgerufen am 8. Februar 2022.

Hammer, L. und M.S. Hertweck (2022), EU Enlargement and (Temporary) Migration: Effects on Labour Market Outcomes in Germany, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 02/2022.

Statistisches Bundesamt (2022), Ableitung des HVPI-Wägungsschemas für das Jahr 2022 (Preisbasis Dezember 2021), Methodenbericht vom 31. Januar 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Methoden/Downloads/hvpi-gewichtung.html>.